

die Überlegenheit des eigenen Entwicklungsmodells zu demonstrieren. Sollte der Beitritt Griechenlands, Portugals und Spaniens nicht zu einer erheblichen Verbesserung der materiellen Lage und zur Festigung der Demokratie in diesen Staaten führen, so wird dies verheerende Folgen für das Ansehen der Gemeinschaft haben. Die gegenwärtige Integrationsbereitschaft

in den südeuropäischen Staaten wird in offene Opposition umschlagen, und der Verdacht, die Gemeinschaft nütze in erster Linie den ökonomisch Starken, wird die zentrifugalen Tendenzen auch unter den Altmitgliedern der EG stärken. Der Vorwurf des Neoimperialismus wird neue Nahrung erhalten, was den Bemühungen der EG, ein partnerschaftliches Verhältnis mit

der Dritten Welt aufzubauen, direkt entgegenwirken wird.

Die Entscheidung zugunsten einer Süderweiterung der Gemeinschaft war politisch motiviert. Es bleibt zu hoffen, daß diese politischen Gesichtspunkte nicht in den detailreichen Verhandlungen über Agrarmarktordnungen und ähnlichem verloren gehen.

---

Otto Wolff von Amerongen

## Chancen und Risiken der EG-Erweiterung

---

**C**hancen und Risiken: beides birgt die anstehende Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft um die Mittelmeerländer Griechenland, Spanien und Portugal. Die politischen Weichen sind längst gestellt, und von den Sachverhandlungen über die Beitrittskonditionen wird es abhängen, ob die Chancen genutzt und die zweifellos vorhandenen Klippen umschifft werden.

Die deutsche Wirtschaft hat stets deutlich Ja gesagt zu den Beitrittswünschen dieser Länder. Die Gemeinschaft muß sie aufnehmen, denn sie gehören zu Europa. Hingewiesen hat die deutsche Wirtschaft aber auch immer auf die Schwierigkeiten, Länder mit so unterschiedlichem wirtschaftlichen Niveau in die Gemeinschaft zu integrieren. Denn eines ist klar: Mehr noch als bei der Erweiterung von sechs Mitgliedstaaten auf neun handelt es sich diesmal um eine fundamentale Neuordnung des europäischen Wirtschaftsraumes mit weitreichenden Folgen für das gesamte internationale Wirtschaftssystem. Zudem fallen die Gespräche über die Süderweiterung in eine Zeit, in der die Neuner-Gemeinschaft mit kon-

junkturrellen und strukturellen Sorgen belastet ist. Hinzu kommt ein wieder anschwellender Protektionismus. Dies alles engt den Spielraum der nationalen Regierungen bei ihrer Europapolitik erheblich ein. Wir sollten uns den Blick auf diese Realitäten nicht verstellen lassen und nicht versuchen, Befürchtungen und Sorgen mit frommen Erwartungen wegzuwischen.

### Wichtige Partner

Gleichzeitig aber müssen wir übertriebenem Pessimismus wehren. Wir würden uns der Chancen auf diesen Märkten begeben, wenn wir nicht gangbare Wege finden, Spanien, Griechenland und Portugal an die Gemeinschaft zu binden. Die Beitrittskandidaten sind wichtige potente Partner der Unternehmen der Gemeinschaft und auch der deutschen Wirtschaft. Eine Umfrage des DIHT bei den Inlands- und Auslandskammern über die Auswirkungen der Erweiterung zeigt, daß die Unternehmen beträchtliche Chancen für die Ausweitung ihrer Geschäftsverbindungen sehen und sich stärkere Impulse von einem größeren Markt versprechen. Verhehlt wird jedoch nicht, daß

erhebliche Anpassungsprobleme zu lösen sind.

Das setzt voraus, daß die Gemeinschaftspolitiken auf den verschiedenen Feldern differenzierte Wege beschreiten müssen. Aus der Sicht der Wirtschaft könnten damit die Ziele der Verträge von Paris und Rom schwerer verwirklicht werden. Trotzdem gilt es, die Bemühungen um eine Vertiefung und den Ausbau der Integration fortzusetzen, um die wachsende Tendenz zur Renationalisierung der Märkte und ein Abgleiten in eine bloße Freihandelszone aufzuhalten und ihr entgegenzuwirken.

Trotz der unzureichenden Infrastruktur in den drei Beitrittsländern und der strukturellen Schwächen der gesamten Wirtschaft, die Zweifel daran aufkommen lassen, ob diese Staaten schon auf die Mitarbeit im Gemeinsamen Markt vorbereitet sind, sieht die deutsche Wirtschaft also durchaus günstige Möglichkeiten durch den Beitritt. Die erwarteten Wirtschaftsimpulse kommen indessen nur zum Tragen, wenn es nicht zu einem zusätzlichen Ausbau des bereits jetzt belastenden Bürokratismus und des Protektionismus in Europa kommt. Ebenso sollten un-

erträgliche zusätzliche finanzielle Belastungen der Bundesrepublik Deutschland vermieden werden.

### Große Marktchancen

Wie beurteilen die deutschen Unternehmen nun die Aussichten im einzelnen? Der Zollabbau zwischen der EG und den Beitrittsländern hat angesichts der bereits bestehenden nichttarifären Handelshemmnisse unterschiedliche und nur begrenzte Bedeutung. Hier gilt generell: hochwertige deutsche Erzeugnisse werden sich auch weiterhin gegen Billiglohnkonkurrenz durchsetzen. Dagegen ergeben sich Schwierigkeiten für ausgesprochene Massenprodukte. In den beitriftswilligen Ländern besteht bereits heute zum Teil eine leistungsfähige Industrie, oder es ist eine etablierte Konkurrenz aus den bisherigen EG-Partnerländern vorhanden. Insbesondere im Falle Portugals und Griechenlands stellen die Einfuhr-Lizenzvorschriften erhebliche Hemmnisse dar. Sie müssen aufgehoben werden, da sie den Export in diese Länder zwar nicht verhindern, aber doch stark verzögern.

Auf der Einfuhrseite verfügen die Beitrittsländer über große Marktchancen bei der besonders lohnintensiven Produktion von Massenwaren. Hier ist eine Zunahme der Importe zu erwarten. Dabei haben Einfuhren aus Spanien eine steigende Tendenz, dessen Exportstärke auf erhebliche Exportrückvergütungen zurückzuführen ist. Deshalb erhebt die deutsche Wirtschaft die Forderung, daß die hohen Exportunterstützungen in allen drei Ländern nach dem Beitritt wegfallen. Bei Textilien bietet der sich steigernde Export aus allen drei Ländern für viele deutsche Textilunternehmen die Chance, Rohwaren und Fertigwaren günstiger einzukaufen.

Im Agrarbereich werden die günstigeren Einkaufspreise zu

einem Abbau der Monopolstellung Italiens bei manchen Produkten führen. Insgesamt dürfte der bereits jetzt reformbedürftige EG-Agrarmarkt durch den Beitritt der drei Länder zusätzliche Belastungen erfahren. Es droht die Gefahr eines Marktungleichgewichts bei solchen Produkten, bei denen die einzelnen neuen EG-Mitglieder besonders liefer- und leistungsfähig sind. Aufgrund der komplementären Produktpalette ergeben sich für die Bundesrepublik Deutschland mehr Vor- als Nachteile. Dagegen werden zunehmende Marktverschiebungen vor allem in Italien und Südfrankreich eintreten.

### Schärferer Wettbewerb

Im gewerblichen Sektor treten in den Beitrittsländern leistungsfähige Konkurrenten für solche Industrien auf, die sich zur Zeit in einer Strukturkrise befinden. Dies trifft besonders Teile des Textil- und Bekleidungssektors (einschließlich Schuhe), aber auch zahlreiche Erzeugnisse des Eisen- und Stahlbaues sowie den Schiffbau.

Weitere Probleme werden durch die Übernahme des insgesamt niedrigeren Gemeinsamen Zolltarifs (GZT) und der Zollpräferenzen für die Beitrittsländer entstehen. Die durch die geringeren Importpreise ausgelöste Nachfrageverschiebung wird erhebliche Wettbewerbsschwierigkeiten verursachen. Die Nachteile der bisherigen protektionistischen Politik und der erheblichen Ausfuhrförderung in diesen Ländern werden dann offenkundig.

Dem Abbau von Einfuhrlizenzen und der nichttarifären Handelshemmnisse kommt, wie bereits erwähnt, noch größere Bedeutung als dem Zollabbau zu. Ein schärferer Wettbewerbswind, der nach dem Beitritt blasen wird, darf nicht zur Errichtung weiterer nichttarifärer Barrieren führen. Denn Preisstopps, Devi-

senbewirtschaftung und Exportsubventionen verhinderten die notwendige Integration der Märkte.

Für deutsche Investitionen in den Beitrittsländern waren in der Vergangenheit vor allem die niedrigen Lohn- und Sozialkosten, der Zollschatz und die restriktiven Importvorschriften sowie die Exportvorteile in Drittländern, aber auch die Steuerprivilegien, die niedrigeren Rohstoffpreise und die Einsparung von Frachtkosten ausschlaggebende Faktoren. Mit der zu erwartenden Anpassung des Lohnkostenniveaus und dem Wegfall des Binnenmarktschutzes entfallen wichtige Anreize für Investitionen in den neuen EG-Partnerländern, so daß etwa Lohnveredelungen weniger attraktiv werden. Trotzdem wird das Interesse weiterer Branchen an Direktinvestitionen zunehmen, da die Märkte expandieren und aussichtsreiche Absatzchancen für deutsche Produkte bieten.

### Freisetzung von Arbeitskräften

In allen drei Beitrittsländern droht die Gefahr, daß der Konkurrenzdruck aus den „alten“ EG-Staaten und der Fortfall des bisherigen Marktschutzes zusammen mit der notwendigen Rationalisierung der Industrie zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen, insbesondere im Kleingewerbe und in der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite dürfte die Liberalisierung des Handels einen gewissen Kaufkraftzuwachs und — in dessen Folge — einen Produktionszuwachs hervorrufen, der eine höhere Beschäftigung und eine Rückwanderung von Arbeitskräften aus den „alten“ EG-Staaten bewirkt.

Mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern ist auch angesichts der Unterschiede in den ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen ein erhebliches Konfliktpotential verbunden, das ins-

besondere auch die Beziehungen der Gemeinschaft zur Türkei und zu Jugoslawien berührt. Denn durch das Abkommen von Ankara wird die Freizügigkeit der Arbeitskräfte mit der Türkei im Jahre 1986 verwirklicht werden.

### Neuartige Anpassungsprobleme

Die drei Beitrittsländer stehen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung noch an der Schwelle einer Industrialisierung, die die vorwiegend agrarischen Strukturen überwindet. Die erneute Erweiterung der Gemeinschaft auf zwölf Mitglieder kann nach den Erfahrungen mit dem Beitritt Großbritannien, Irlands und Dänemarks kaum durch einfaches Einbeziehen verwirklicht werden. Vielmehr werden neuartige Anpassungsprobleme in ausreichend bemessener Übergangszeit durch Anstrengungen auf beiden Seiten zu lösen sein. Dieser schrittweise Prozeß sollte Abstufungen vorsehen, innerhalb derer die Anpassung erfolgen kann. Am Ende dieser Phase muß der uneingeschränkte freie Warenverkehr innerhalb der erweiterten Gemeinschaft Wirklichkeit werden.

Der strukturelle Wandel muß nach Auffassung der deutschen Wirtschaft grundsätzlich vom Markt bestimmt werden. Die industrielle Entwicklung in den Beitrittsländern bedarf jedoch zunächst noch einer besonderen sektoralen und regionalen Förderung. Das Entwicklungsgefälle gegenüber den bisherigen EG-Mitgliedern läßt sich dabei nur dann verringern, wenn die Beitrittsländer ein auf die Dauer vergleichsweise höheres Wirtschaftswachstum erzielen. Durch die verschiedenen Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft, den Ausbau des kurzfristigen Währungsbestands sowie durch ein mittelfristiges finanzielles Aktionsprogramm sollten die von dem erweiterten Absatzmarkt ausgehenden Wachstums-

impulse verstärkt und durch die Förderung der Investitionen in den Beitrittsländern unterstützt werden. Das gilt neben den Investitionen im gewerblichen Bereich vor allem für die Infrastruktur.

Gleiches gilt für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Will man die ökonomischen Vorteile der Freizügigkeit für die Beitrittskandidaten sinnvoll nutzen, so sollten arbeitsplatzfördernde Maßnahmen im Vordergrund stehen. Die Verbesserung des Ausbildungsniveaus und seine Angleichung an den Standard in der Gemeinschaft kann in den Beitrittsländern erheblich dazu beitragen, das Beschäftigungsproblem zu lösen. Notwendig ist dabei vor allem eine verstärkte Ausbildung von Technikern auf allen Gebieten, insbesondere in der Metallverarbeitung. Dazu sind gegebenenfalls zusätzliche Mittel des Europäischen Sozialfonds bereitzustellen.

Um die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft in der langen Phase der Beitrittsverhandlungen nicht zu belasten, sollten den Kandidaten in der Zeit vor dem Vertragsabschluß keine besonderen Rechte eingeräumt werden. Sobald allerdings die Beitrittsverträge in Kraft sind, sollten die Kandidaten auch für die dann anlaufende Übergangszeit Vollmitglieder mit allen Rechten und Pflichten sein. Eine Beschränkung ihrer Rechte degradierte sie zu Mitgliedern zweiter Klasse und behinderte die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft.

### Chance für Agrarreform

Ein heißes, wenn nicht das heißeste Eisen sind die Agrarprobleme, deren Lösung für den Erfolg der Beitrittsverhandlungen entscheidend ist. Eine Ausdehnung der gegenwärtigen Agrarpolitik auf die Beitrittsländer würde die schon bestehenden Überschußprobleme verschärfen und die finanziellen

Anforderungen an den gemeinsamen Agrarfonds in nicht abzuschätzende Höhen schrauben. Deshalb sollte man die Erweiterungsverhandlungen als Chance für eine ohnedies überfällige Agrarreform mit dem Ziel einer stärkeren Marktorientierung nutzen. Hierzu gehören die Senkung der Interventionspreise, die Ausdehnung der Erzeugerbeteiligung an der Verwertung und die stärkere Verlagerung der Agrarpolitik auf strukturwirksame Maßnahmen. Eine agrarpolitische Reform auf dieser Linie würde auch die protektionistischen Auswirkungen gegenüber Drittlandsimporten mildern. Demgegenüber würde eine Ausweitung des Autarkieniveaus, die leider zu befürchten steht, den Spielraum für Importliberalisierungen, insbesondere im südlichen Mittelmeerraum, aber auch gegenüber den USA, weiter einengen. Die Agrarpolitik, die ohnehin schon Störfaktor der Drittlandsbeziehungen ist, brächte weitere Belastungen, wenn ihre Reform nicht entschlossen angegangen würde.

Die Süderweiterung bringt also nicht nur eine neue Quantität der Gemeinschaft – zwölf statt neun –, sie bringt auch eine neue Qualität. Es treten nicht einfach drei neue Länder ein, vielmehr gibt die Süderweiterung der bisher mitteleuropäisch zentrierten Gemeinschaft eine erheblich breitere, neue Mittelmeerdimension. Um zu einer Koexistenz dieser strukturell sehr verschiedenen Wirtschaften zu kommen, muß in Zukunft der Gedanke der Solidaritätsgemeinschaft zweifellos verstärkt werden. Im Klartext muß dies heißen, daß die Umverteilungsmechanismen innerhalb der EG gestärkt werden müssen. Dieses aber setzt klare politische und wirtschaftspolitische Konzeptionen voraus, die wir in der Folgezeit mit Energie, aber auch mit Augenmaß anpacken müssen.